

Gauck soll neuer Bundespräsident werden!

☒ Laut aktuellen Medienberichten soll der ehemalige „DDR“-Bürgerrechtler Joachim Gauck neuer Bundespräsident werden. Bundeskanzlerin Merkel hat demnach ihren Widerstand gegen den auch von der FDP unterstützten Kandidaten aufgegeben. Gauck war vergangenes Jahr als Kandidat von SPD und Grünen ins Rennen gegangen und Christian Wulff unterlegen. Während der Wahl waren Gauck und Wulff vom ehemaligen Stasi-Spitzel und heutigen Bundestagsabgeordneten Dieter Dehm (SED) mit Stalin und Hitler verglichen worden.

Ob Sarrazin-Lob, Kritik an der Anti-Atomhysterie, das Bloßstellen von populistischem Banken-Bashing oder seine Befürwortung von Stuttgart 21 – Joachim Gauck könnte durchaus auch für PI antreten. Um so verwunderlicher, dass Gauck bei der letzten Bundespräsidentenwahl ausgerechnet von SPD und Grünen ins Feld geschickt wurde.

Die „ZEIT“ fasste Gaucks Positionen 2011 wie folgt zusammen:

Joachim Gauck sagte bei der ZEIT MATINEE in den Hamburger Kammerspielen, dass er die Antikapitalismusdebatte für „unsäglich albern“ halte: Der Pastor, Politiker und Publizist betonte bei der Veranstaltung der Wochenzeitung DIE ZEIT, dass der Traum von einer Welt, in der man sich der Bindung von Märkten entledigen könne, eine romantische Vorstellung sei. Zu glauben, dass wenn man das Kapital besiege, die Entfremdung vorbei und dann alles schön sei, sei ein Irrtum.

Die aktuellen Bürgerproteste gegen die Banken und das Finanzsystem würden sich nicht zu einer dauerhaften Protestbewegung entwickeln. „Das wird schnell verebben“, so Gauck. „Ich habe in einem Land gelebt, in dem die Banken besetzt waren.“ Gauck fragte, ob es nicht zweifelhaft sei, zu

glauben, dass unsere Einlagen sicherer wären, wenn die Politiker in der Finanzwirtschaft das Sagen hätten.

Mit Blick auf die Proteste beim Bahnprojekt Stuttgart 21 warnte Gauck vor einer Protestkultur, „die aufflammt, wenn es um den eigenen Vorgarten geht“. Die deutsche Neigung zu Hysterie und Angst nannte er „abscheulich“.

Im Gespräch mit ZEIT-Herausgeber Josef Joffe und Redakteur Jochen Bittner forderte Gauck von der Politik mehr Rationalität und eine stärkere Sachdebatte. Man könne wichtige politische Entscheidungen, wie etwa den Ausstieg aus der Kernkraft, nicht von der Gefühlslage der Nation abhängig machen. Genau das aber tue die Regierung Merkel, weil die Furcht vor der nächsten Wahlniederlage das politische Handeln dominiere. „Ich fürchte mich vor einem modernen Politikertyp, der völlig auf Inhalte verzichtet“, so Gauck.

Kleiner Schönheitsfehler – im Gespräch mit dem „SPIEGEL“ hatte der ehemalige Beauftragte für die Stasi-Unterlagen 2010 Lobhudelei für Kommunisten betrieben:

„Ich habe kommunistische Bewegungen, wenn sie beispielsweise in Südamerika gegen Unterdrückung gekämpft haben, immer als Verbündete gesehen.“

Aber dieser Aussetzer sei Gauck verziehen. Deutsche Kommunisten hassen ihn schließlich wie die Pest – siehe etwa hier oder dort.

- » Steinhöfel: Unterschätze niemals die Rückgratlosigkeit Angela Merkels
- » Blu-News: Ein Schlag ins Gesicht der Kommunisten
- » Döpfner: Der richtige Präsident